

# Änderungsantrag

zu Antrag Nr. L 305

**Modulentwürfe für das Bundestagswahlprogramm 2021 der Jungen Liberalen,  
30.01.-21.02.2021**

**Antragstitel:** Mehr finanzielle Freiräume

**Antragsteller:** Daniel Worlitz

Status:  angenommen  nicht angenommen  übernommen

## **Ersetze: Seite 1, Zeile 11 bis Seite 1, Zeile 14**

**(Wir sprechen uns für eine Austragung der Vermögensteuer aus dem Grundgesetz aus, da sie wie die Wehrpflicht eine Reliquie aus vergangenen Zeiten darstellt und eine mögliche Neueinführung durch bereits bestehende Substanzsteuern diese heutzutage überflüssig macht.)**

1 *"Substanzsteuern sind volkswirtschaftlich ineffizient und dazu noch hochgradig ungerecht, denn*  
2 *bereits erwirtschaftete Erträge, werden somit nochmals besteuert. Vor diesem Hintergrund*  
3 *lehnen die Jungen Liberalen jegliche Form der Substanzbesteuerung ab. Dazu zählen*  
4 *insbesondere die Grundsteuer sowie die Erbschaft- und Schenkungssteuer."*

5 Abgesehen davon, dass Ungerechtigkeit etwas sehr subjektives ist, lässt der Antrag auf eine  
6 allgemein ablehnende Haltung zu Substanzsteuern Aspekte der Staatsfinanzierung und  
7 Erfolgchancen im Wahlkampf außer acht.

8 Grundsteuern zählen zusammen mit der Gewerbesteuer zu den Haupteinnahmequellen der  
9 Gemeinden. Sie spiegeln den Anteil wieder, die ein Grundbesitzer an der öffentlichen Arbeit und  
10 der Instandhaltung von Stadtteilen beitragen muss/sollte. Je größer das Grundstück, desto  
11 größer der Anteil am Gemeindeleben. Dies steht im Einklang zu den Grundsätzen der  
12 progressiven Besteuerung. Eine Ablehnung zur Grundsteuer bedeutet eine Abneigung von  
13 gemeindenahen Bürger\*innen & Heimatpflege-Vereinen zu uns und der Partei, was wir uns  
14 insbesondere in der heutigen Zeit nicht erlauben dürfen wenn wir mitregieren wollen.

15 Die Ablehnung der Erbschaftsteuer sehe ich noch kritischer. Gerade in Zeiten, wo es bekannt ist,  
16 dass wohlhabende Menschen Reichtum größtenteils durch Erbschaften/Schenkungen (nicht  
17 durch eigene Leistung) erhalten, ist es unklug sich von der Erbschaftsteuer/Schenkungssteuer zu  
18 distanzieren. Die progressive Besteuerung aller Einkommens- und Vermögensgruppen wird  
19 dadurch nicht mehr garantiert und gibt uns insbesondere in Wahlkampfzeiten erhebliche  
20 Schwachpunkte im Hinblick auf die breit geforderte soziale Gerechtigkeit. In Zeiten von  
21 einstelligen Umfragewerten ist das nicht tragbar.

22

23 (Optional):

24 Wenn sich die JuLis, und somit auch die zukünftige FDP, wirklich von ungerechten  
25 Substanzsteuern distanzieren wollen, dann bitte ich - anstelle einer allgemeinen Ablehnung  
26 solcher Steuerarten - um die Austragung der annualen Vermögensteuer (als Abgrenzung zur  
27 einmaligen Erbschaftsteuer/Schenkungssteuer) aus dem Grundgesetz (Artikel 106 Absatz 2  
28 Nummer 1). Gegebenenfalls kann dies durch einen Verweis auf bestehende Steuern gestützt  
29 werden, die größtenteils nur Vermögende zahlen.